



Unia Kongress 2016 – Resolution «Digitalisierung der Wirtschaft»

Humanisierung der Arbeit statt kapitalistische Rationalisierungslogik

Die fortschreitende Digitalisierung der Arbeitswelt hat absehbar tiefgreifende Auswirkungen auf Beschäftigung, Arbeitsbedingungen und Arbeitsbeziehungen. Dafür sprechen – jenseits von Medienhype und interessengeleitetem Agenda-Setting – drei Faktoren, welche die «digitale Revolution» von anderen technologischen Innovationsprozessen unterscheiden: Erstens das rasante Tempo der IT-basierten Entwicklungsschübe, zweitens ihre nahezu universelle, jedenfalls aber die Mehrzahl der Branchen und Berufe betreffende Anwendbarkeit und drittens die Kombination bzw. Integration technologiebasierter Automatisierungsfortschritte mit neuen daten- bzw. plattformbasierten Geschäftsmodellen.

Digitale Technologien müssen die lebendige Arbeit intelligent unterstützen

Die kapitalistische Rationalisierungs- bzw. Profitlogik wirkt als starker Treiber dieser Entwicklung. Doch die sozialen Folgen der digitalen Innovationsschübe sind weder durch technologische noch ökonomische Zwänge determiniert. Vielmehr hängen sie wesentlich davon ab, welche Digitalisierungsstrategien die gesellschaftlichen Akteure verfolgen und welche politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen sie durchsetzen.

In der Schweiz wollen Arbeitgeberverbände und Behörden mehrheitlich auf eine Regulierung des digitalen Umbruchs verzichten und ihn damit beschleunigen. Neue Arbeits- und Beschäftigungsformen wie Crowdfunding, digitale Leiharbeit und Scheinselbständigkeit sowie befristete Auftragsverhältnisse sollen sich ungehindert entfalten können und dabei Flexibilisierungsmöglichkeiten rund um die Uhr eröffnen. Davon erhoffen sie sich mehr Profit und Wettbewerbsfähigkeit. Den Preis dafür hätten die Arbeitnehmenden zu bezahlen: in Form von Arbeitsplatzunsicherheit und schlechten Arbeitsbedingungen für ein wachsendes digitales Prekariat.

Wir Gewerkschaften setzen dem eine konsequente Arbeitskraftperspektive entgegen: Der Staat muss seine Rolle wahrnehmen und die digitale Innovation gemeinsam mit den Sozialpartnern so gestalten, dass sie ihre humanisierendes Potential entfalten kann.

Digitalisierung braucht Regeln

Die Unia entwickelt Gestaltungs- und Regulierungskonzepte, um die Arbeitskraftperspektive gegen technik- und marktzentrierten Strategien durchzusetzen. Wir sind bereit, die dafür nötigen Konflikte zu führen, und zwar in folgenden Handlungsfeldern:

- **Konflikt um den Sozialstatus:** Wir sind nicht bereit, neue Formen digitaler Scheinselbständigkeit («Uberisierung») zu akzeptieren. Die abhängig «Selbständigen» müssen als Arbeitnehmer anerkannt werden und den Schutzbestimmungen der Arbeits- und Sozialversicherungsgesetze sowie der GAV unterstellt werden.
- **Konflikt um die Zeit:** Digitale Technologien ermöglichen die Beschleunigung der Arbeitsprozesse, die Entkoppelung von Betriebsstätte und Arbeitsort und die Entgrenzung der Arbeitszeit. Wir verteidigen demgegenüber Fixpunkte wie tägliche und wöchentliche Höchstarbeitszeiten, um die herum Flexibilitätsspielräume konzipiert werden können, welche die Bedürfnisse des Privatlebens gegenüber den betrieblichen Anforderungen priorisieren.
- **Konflikt um Gesundheit und Mitbestimmung:** Um die gesundheitsbelastenden Folgen der Digitalisierung zurückzudrängen und die entlastenden zu fördern, müssen die Rechte der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen zur Gestaltung der Arbeitsorganisation ausgebaut werden.
- **Konflikt um die Qualifizierung.** Die digitalisierte Arbeitswelt stellt erhöhte Anforderungen an die fachliche und soziale Kompetenz der Arbeitnehmenden. Gewerkschaftliche Bildungspolitik muss die Zurverfügungstellung entsprechender Weiterbildungsmöglichkeiten als Verteilfrage begreifen und Privatisierungsstrategien entgegenwirken.
- **Konflikt um Ressourcen**
- **Konflikt um die Arbeitnehmerdaten (Stichwort Big Data)**

Die Unia-Agenda der Beschäftigung im digitalen Umbruch

Es ist müssig, darüber zu spekulieren, ob die arbeitsschaffenden Wirkungen der Digitalisierung auf lange Sicht die Rationalisierungseffekte kompensieren werden. Zumindest vorübergehend ist mit einer längeren Phase von Unterbeschäftigung und erhöhter Arbeitslosigkeit zu rechnen. Darum verfolgt die Unia eine Agenda für die Beschäftigung im digitalen Umbruch, welche die folgenden zentralen Zielsetzungen beinhaltet:

- Die Verbesserung unsers Wissens über die Beschäftigungswirkungen der Digitalisierung. Die Kommission für Technik und Innovation (KTI) soll massiv aufgestockt werden, damit der Technologietransfer von der Forschung/Entwicklung zu den KMU's besser gewährleistet wird
- Die Unterstützung der von Arbeitsplatzverlusten bedrohten Menschen
- Die Förderung des ökologischen Umbaus und die Schaffung von Arbeitsplätzen im Bereich der Green Economy mittels eines Produktionsfonds, der aus Mitteln der Pensionskassen alimentiert wird.
- Die Verteilung der zumindest temporär reduzierten Mengen an Arbeit auf alle Erwerbstätigen
- Die Erschliessung neuer Beschäftigung in gesellschaftlichen Bedarfsweldern
- Die Nutzung der digitalen Produktivitätsgewinne zur Finanzierung der anstehenden gesellschaftlichen Aufgaben.